

**Rede zum Haushalt 2011 im Rat der Stadt Brühl**  
**Fraktionsvorsitzender Eckhard Riedel**  
**(Es gilt das gesprochene Wort)**  
**Sperrvermerk 06.06.2011, 17:00 Uhr**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sie mich zunächst einmal etwas zu den Fakten sagen!

Nach aktuell 89,2 Mio. € im letzten Jahr, sind es in 2011 bereits 95,5 Mio. € und 2012 119,1 Mio. € neue Schulden für unsere Stadt. Der derzeit aktuelle Stand der Brühler Verschuldung, Herr Kreuzberg hat es bei seiner Haushaltseinbringung deutlich gemacht, liegt bei sagenhaften 95,5 Mio. € Umgerechnet bedeutet dies eine Pro-Kopf Verschuldung von 2019 € pro Brühler Bürger/in in 2010 und steigt im Jahr 2012 auf 2696 € pro Brühler Bürger/in.

**Verantwortung der Bundespolitik:**

Doch wer ist eigentlich für die immense Verschuldung unserer und zahlreicher anderer Kommunen verantwortlich? Sind es die gewählten Ratsmitglieder, die falsche Entscheidungen treffen, sind es überdimensionierte Verwaltungen oder ist es ein Überangebot an Bildung und Kultur ?

Wir alle wissen, dass nur wenig davon zutreffend ist. Eine jahrelange Politik der Steuer-geschenke an Unternehmen, Banken, Versicherungen, Spekulanten, Superreiche und Hoteliers hat maßgeblich zum Ausbluten der öffentlichen Kassen geführt. Das haben die Bundesregierungen aus SPD und GRÜNEN sowie aus CDU und FDP zu verantworten. Das Gesamtsteueraufkommen wird nach unten immer ungleicher aufgeteilt: für die Kommunen bleibt letztlich nur noch die Gewerbesteuer als bedeutsame Steuerquelle übrig.

Statt hier aber gegenzusteuern, verringern Bund und Land nach wie vor weiterhin ihre Beiträge zu Restsicherung eines sozialen Gleichgewichtes in den Städten und Gemeinden. Ein weiterer Faktor, der sich negativ auf die Steuereinnahmen der Kommunen auswirkt, ist die rückläufige Reallohnentwicklung in der Bundesrepublik. Deutschland ist das einzige westeuropäische Industrieland, in dem die Lohnentwicklung von der Steigerung der Arbeitsproduktivität abgekoppelt wurde. Das führt nicht nur zu weniger Steuern sondern schwächt die Sozialkassen immens. In einem „IMMER BILLIGER-Wettbewerb“ werden auf allen Ebenen die Kosten gesenkt- egal welche Folgen sich für die Gesellschaft und deren Zusammenhalt daraus ergeben. Es ist nicht alles sozial, was Arbeit schafft, sondern wer Vollzeit arbeitet muss auch davon angemessen leben können.

Im Bereich der Pflichtaufgaben führt die verfehlte Sozialpolitik der Bundesregierungen der letzten 15 Jahre zu immer drastischeren Kosten für die Kommunen. Das Zurückbleiben der Sätze für so genannte Hartz IV Empfänger/innen und ihrer Familien gegenüber der Preisentwicklung führt nicht nur zu noch mehr Armut und Ausgrenzung der Betroffenen, sondernbürdet den Kommunen weitere Kosten auf. Die massive und konsequente Rentenkürzungspolitik der 4 im Bundestag mit uns konkurrierenden Parteien wird in absehbarer Zeit eine Altersarmutswelle hervorrufen, die – bleiben die Verantwortlichen in Berlin bei ihrer derzeitigen Vorgehensweise- in der Konsequenz den Kommunen künftig weitere immense Kostenfaktoren im Bereich der Sozialhilfe aufbürden.

„Würden wir bei der Besteuerung von großen Erbschaften und Vermögen auch nur auf das europäische Durchschnittsniveau aufschließen, brächte das jährliche Mehreinnahmen von 33 Milliarden Euro – Geld, das den Bundesländern zustünde, für Bildung zum Beispiel, und um den klammen Kommunen unter die Arme zu greifen.“ (Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di am 1. Mai 2010 in Hannover)

## **Verantwortung der Landespolitik:**

### Finanzen

Durch die Unterstützung der LINKEN im NRW-Landtag, konnten die Grünen, zusammen mit der SPD, den Kommunen mehr Geld in die Hand geben. Dieses Geld benötigen die Kommunen dringend für die Erfüllung ihrer Aufgaben – auch die Stadt Brühl. Endlich soll das Konnexitätsprinzip umgesetzt werden, deren Umsetzung und Einhaltung auch immer wieder die Brühler CDU einfordert. Und was macht die CDU im Landtag? Sie klagt vor dem Landesverfassungsgericht in Münster und versucht, diese Politik zu zerstören.

Nur Billigjobs Boomen! In NRW arbeiten 1,4 Millionen Menschen für einen Stundenlohn unter 9,62 Euro und 300.000 Arbeitnehmer bekommen weniger als fünf Euro. Weiterhin sind 52 Prozent der neuen Jobs befristet und vor allem wächst der Niedriglohnsektor. (NRW Arbeitsminister Gutram Schneider / Quelle: Kölner Stadtanzeiger 27.5.2011)

## **Verantwortung der Kommunalpolitik:**

### Finanzen

Was macht Schwarz-Gelb in Brühl. Obwohl die Gewerbesteuer in Brühl (430%) niedriger ist als z.B. in Bergheim (2011 = 460% / 2012 = 470 %), Hürth (460 %), Erftstadt (440 %) oder Wesseling (440 %) obwohl sie seit Jahren nicht angehoben wurde, obwohl Kapitalgesellschaften seitdem von mehreren Senkungen der Körperschaftssteuer profitiert haben, obwohl Personengesellschaften die Gewerbesteuer weitgehend mit der Einkommenssteuer verrechnen können und obwohl es sehr gut mit der christlichen Soziallehre zu vereinbaren wäre, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache, verzichten CDU und FDP in Brühl auf die Erhöhung der Gewerbesteuer und holen sich lieber einen vergleichsweise geringen Betrag im Jahr 2010 über eine Erhöhung der Grundsteuer B in die Haushaltskasse.

Dazu verbreiten sie die Hoffnung, das werde schon nicht zu einem Anstieg der Mieten führen. Dabei stand es fett gedruckt in der Lokalpresse, dass die Mieten wieder bei den „Armen gestiegen“ sind (Gebausie erhöht die Mieten in Vochem nach dem Wegfall der Sozialbindung).

## **Bildung**

Lassen Sie uns einen Bildungs-Konsens für Brühl finden, der gleiche Bildungschancen für alle Kinder in den Mittelpunkt stellt und der elitäre Konzepte jeglicher Art zurückweist. Wir sind dazu bereit. Wir haben keine Berührungsängste, schon gar nicht, wenn es darum geht, eine für die Zukunft Brühls elementare Richtungsentscheidung zu fällen und durchzusetzen. Wir brauchen für Brühl eine zweite Gesamtschule! Die Anmeldezahlen an der Gesamtschule sprechen für sich. Lassen Sie uns die Hauptschule und die Erich Kästner Realschule schließen und sie in eine Gemeinschaftsschule umwandeln. Denn der Hauptschule fehlt mittlerweile die Akzeptanz in unserer Gesellschaft. Das hat die CDU auf Landes- und Bundesebene verstanden. (Kommission für Ende der Hauptschule – CDU Gremium der Partei fordert Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem. Quelle: Kölner Stadtanzeiger, 24.5.2011).

Die Bildungspolitik war auch im Landtagswahlkampf ein großes Thema. Die Wählerinnen und Wähler fanden das wichtig, und sie haben den neuen Landtag klug zusammengesetzt. Die alte Mehrheit ist keine mehr. SPD und Grüne brauchen für eine Mehrheit zusätzliche Stimmen. CDU und FDP machen Fundamentalopposition. DIE LINKE macht es anders. Wir unterstützen, obwohl wir formal gesehen auch in der Opposition sind, sinnvolle Regierungsvorhaben und motivieren die Landesregierung in entscheidenden Fragen, mehr zu tun, oft mit Erfolg.

Aber zurück zum Haushalt 2011: es ist nicht so, dass DIE LINKE nur immer kritisiert, wir haben konkrete Vorstellungen, wie die Einnahmesituation verbessert werden kann.

### **Was kann die Stadt Brühl selbst tun?**

Auch in Brühl kann und muss umgesteuert werden. Dabei denkt DIE LINKE nicht an die so genannte „Konsolidierungs- und Sparpolitik“, die letztlich weder den Haushalt ausgleicht noch die kaputten Straßen und Schulen repariert.

Auf der Einnahmenseite sind Verbesserungen im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten durchaus erreichbar:

1. Erhöhung der Gewerbesteuer. Kein Steuerdumping, sondern regional (Rhein-Erft-Kreis) abgestimmte Hebesätze

2. Abgaben der lokalen Wirtschaft für örtliche Infrastrukturleistungen, z.B. durch eine Nahverkehrsabgabe für den ÖPNV.

3. Stopp von Groß- und Prestigeprojekten, wie das Service-Center. Das Geld fehlt für Soziales und Bildung

4. Abschaffung der Aufsichtsräte bei Gebausie und Stadtwerken! Diese Aufgabe kann der Hauptausschuss erledigen!

Unser Haushalt steht im Bereich der freiwilligen Leistungen nicht im Licht der Konsolidierung. Ich möchte aber hier einige negative Beispiele herausgreifen, die zurückgenommen werden sollten:

- Die Erhöhung der Tarife in der Musikschule
- Die Erhöhung der Mieten in den Gebausiewohnungen nach dem Wegfall der Sozialbindung
- Die kw-Stellen bei der Eigenreinigung

Bürgermeister Kreuzberg und seine konservative Verwaltungsspitze zeigt sich im Bereich von Großinvestitionen weniger zurückhaltend.

Nach wie vor vertreten wir die Meinung, dass der Neubau des Anbaus des Rathauses B eine unnötige Investition darstellt. Eine Abwägung des Für und Wider eines Rathausneubaus versus Sanierung des Altbaus muss unbedingt stattfinden. Stuttgart 21 hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger bereits in die Planungsprozesse eingebunden werden sollten. Aus diesem Grund fordert unsere Fraktion einen Bürgerentscheid für den Neubau zum Rathaus B bzw. die Vertagung des Beschlusses um ein Jahr.

### **Energiepolitik**

Die Brühler Stadtwerke sollten umweltfreundliche Energiegewinnung, z.B. auch in Form einer Solargenossenschaft vorantreiben. Bürgerbeteiligungsmodelle sollten den Schlüssel für eine Umsetzbarkeit darstellen. Weiterhin sollte die Nutzung von wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen vorangebracht werden.

Wir alle wissen, dass wir eine Reform der Gemeindefinanzierung brauchen.

Wir haben finanzielle Probleme, wir sind in einer schwierigen Haushaltslage. Da wollen wir rauskommen.

Auch uns ist klar, es muss gespart werden. Aber Einsparungen vorrangig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sind der falsche Weg und werden nur zu weiterem Unmut bei der Bevölkerung führen. Sicher ist die Stadt Brühl **nicht** als schwerwiegender sozialer Brennpunkt auszumachen. Aber allein der steigende Andrang bei der Brühler-Tafel zeigt,

dass wir davor nicht die Augen verschließen dürfen. Ein weiteres Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich in unserer Stadt wird unsere Aufgabe, Politik für und mit den Menschen zu machen, nicht vereinfachen.

Kommune heißt gemeinschaftlich. Wir sollten das niemals vergessen.

Es wird die Ratsmehrheit nicht überraschen, wenn DIE LINKE, da Sie die von uns genannten Forderungen nicht berücksichtigen, diesen Haushalt ablehnen wird.

Im Übrigen vertreten wir auch dieses Jahr wieder die Meinung, dass Brühl einen Bürgerhaushalt braucht um den Bürger/innen mehr Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen. Unseren Kämmerer, Herrn Freytag, der jedes Jahr einen Bürgerhaushalt für gut hält aber nicht umsetzt, können wir in dieser Angelegenheit nicht mehr für ernst nehmen.

#### **Zusammengefasst fordern wir für Brühl:**

- Die Erhöhung der Gewerbesteuer
- Abschaffung der Aufsichtsräte für Gebausie und Stadtwerke
- Einen Sozialen Stromtarif für benachteiligte Bürger/Innen
- Die Weiterführung des Schulentwicklungskonzeptes (Zukunftsschulkonzept für Brühl)
- Die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion auf allen Ebenen
- Die Einführung eines Bürgerhaushaltes
- Ein Bürgerentscheid zum Service-Center (Anbau oder Sanierung)

#### **Wir brauchen ein soziales und zukunftsfähiges Brühl !**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Anlage**

Erklärung:

# **I. Das Konnexitätsprinzip im Verhältnis Land – Gemeinden**

Im Verhältnis zwischen Land und Gemeinden sowie Gemeindeverbänden trifft in Nordrhein-Westfalen Art. 78 Abs. 3 der Landesverfassung Regelungen zum Konnexitätsprinzip:

Artikel 78 Landesverfassung NRW

...

(3) Das Land kann die Gemeinden und Gemeindeverbände durch Gesetz oder Rechtsverordnung zur Übernahme und Durchführung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichten, wenn dabei gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten getroffen werden. Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender und übertragbarer Aufgaben zu einer wesentlichen Belastung der davon betroffenen Gemeinden oder Gemeindeverbände, ist dafür durch Gesetz oder Rechtsverordnung aufgrund einer Kostenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich für die entstehenden notwendigen, durchschnittlichen Aufwendungen zu schaffen. Der Aufwendungsersatz soll pauschaliert geleistet werden. Wird nachträglich eine wesentliche Abweichung von der Kostenfolgeabschätzung festgestellt, wird der finanzielle Ausgleich für die Zukunft angepasst. Das Nähere zu den Sätzen 2 bis 4 regelt ein Gesetz; darin sind die Grundsätze der Kostenfolgeabschätzung festzulegen und Bestimmungen über eine Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände zu treffen